

Ein Jahr nach Halle

Wie schützen die Bundesländer jüdische Einrichtungen?

**MDI-Recherche
September 2020**

MEDIENDIENST INTEGRATION

Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin

**Telefon: +49 30 200 764 80
mail@mediendienst-integration.de**

Nach dem antisemitischen Anschlag am 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) haben Bund und Länder angekündigt, jüdische Einrichtungen besser zu schützen. Haben sie ihre Versprechen gehalten? Wir haben bei den Innenministerien der Länder nachgefragt, was sie unternommen haben.

Die Recherche zeigt: Fast alle Bundesländer haben die Polizeipräsenz vor jüdischen Einrichtungen zumindest vorübergehend erhöht. Die meisten Bundesländer haben zusätzliche Gelder bereitgestellt, damit jüdische Einrichtungen Gebäude besser sichern können – etwa mit schusssicheren Türen, Zäunen oder Einlassschleusen. In den meisten Bundesländern hat die Polizei jüdische Einrichtungen beraten, wie sie sich besser schützen können. Darüber hinaus stellt der Bund 22 Millionen Euro für Umbaumaßnahmen und Sicherungen an Gebäuden bereit.

Zum Hintergrund: Die Polizei stellt für den Schutz jüdischer Einrichtungen Beamt*innen, die Gebäude regel- oder unregelmäßig bewachen. Zudem berät die Polizei die Einrichtungen in Sicherheitsfragen. Um die bauliche Absicherung von Gebäuden mit etwa Zäunen, schusssicheren Türen oder Schleusen am Einlass müssen sich jüdische Einrichtungen selbst kümmern. Manche Gemeinden engagieren auch private Sicherheitsdienste oder haben eigene eingerichtet, die etwa den Einlass bei Veranstaltungen kontrollieren. Manche Bundesländer unterstützten solche Maßnahmen schon vor dem Anschlag in Halle finanziell, etwa Bayern, Hamburg oder NRW. Die meisten Bundesländer sind nun nachgezogen.

Wie haben die Bundesländer jüdische Einrichtungen vor Halle geschützt?

Alle Bundesländer geben an, bereits vor dem Anschlag in Halle Folgendes für den Schutz jüdischer Einrichtungen unternommen zu haben:

- Die Polizei überprüft regelmäßig, wie sehr jüdische Einrichtungen gefährdet sind. Darin fließen Informationen des Bundeskriminalamts, des Landeskriminalamts sowie Lagebewertungen der Polizei ein.
- Für jüdische Einrichtungen gibt es Sicherheitskonzepte, die Polizei und Gemeinden in Abstimmung erstellen. Diese sehen etwa vor, welche Vorkehrungen an Gebäuden getroffen werden müssen oder welche Sicherheitsmaßnahmen es bei Veranstaltungen gibt.
- Die jeweiligen Polizeibehörden tauschen sich regelmäßig mit Vertreter*innen jüdischer Einrichtungen aus, viele Bundesländer haben eigene Ansprechpartner*innen für jüdische Gemeinden.
- Sicherheitsmaßnahmen von Seiten der Polizei sind etwa, dass die Polizei Gebäude regelmäßig bewacht, unregelmäßig vorbeikommt oder an einzelnen Veranstaltungen präsent ist.

Manche Bundesländer haben Maßnahmen, die darüber hinaus gehen: In Berlin gibt es etwa einen Runden Tisch zum Thema antisemitische Gewalt, in Baden-Württemberg gibt es Schulungen für Polizist*innen zur Bekämpfung von Antisemitismus. Zu konkreten Maßnahmen äußern sich die Behörden wegen Sicherheitsbedenken aber zurückhaltend.

Wie haben die Bundesländer auf den Anschlag in Halle reagiert?

Baden-Württemberg

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Seit 2018 gibt es Ansprechpartner*innen bei der Polizei Baden-Württemberg, die mit den Gemeinden regelmäßig im Austausch stehen. Zuvor gab es solche Ansprechpartner*innen nur für Notfälle. Die Ansprechpartner*innen werden nach Angaben des Innenministeriums geschult: Im ersten Halbjahr 2019 besuchten sie Fortbildungen zu den Themen „Jüdisches Leben in Deutschland“ und setzten sich dort mit Erscheinungsformen und der Bekämpfung von Antisemitismus auseinander. Im November 2019 machten sie eine Fortbildungsreise nach Israel. Schwerpunkt war der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.

Wie hat Baden-Württemberg auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle hat die Polizei ihre Präsenz vor Synagogen erhöht und Kontakt zu den Verantwortlichen der Gemeinden aufgenommen. Die Sicherheitsbehörden haben die Gefährdungslage für jüdische Einrichtung überprüft, nach anfänglicher Erhöhung sind die Sicherheitsmaßnahmen nun wieder auf dem Niveau von vor dem Anschlag. Die Regierung Baden-Württembergs hat am 15. Oktober 2019 beschlossen, den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württembergs – den Landesverbänden des Zentralrats der Juden – eine Million Euro für Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, im Haushalt 2020/2021 sind weitere 500.000 Euro vorgesehen. Das LKA hat Empfehlungen ausgesprochen, wie die Gelder verwendet werden sollen.

Quelle: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Bayern

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

2015 stellte die bayerische Landesregierung zehn Millionen Euro für Baumaßnahmen und drei Millionen für technische Sicherheitsmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen zur Verfügung.

Wie hat Bayern auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle hat die bayerische Polizei ihre Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen erhöht, die Gefährdungsbewertung wurde laut Innenministerium angepasst. Die bayerische Landesregierung hat zusätzliche acht Millionen Euro für den Schutz jüdischer

Einrichtungen bereitgestellt. Diese können Gemeinden etwa für Zäune, Videoüberwachung oder Sicherungen an Türen oder Fenstern verwenden. 5,7 Millionen Euro hat Bayern bereits ausgezahlt.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Berlin

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Der Senat unterstützt die Jüdische Gemeinde zu Berlin finanziell, sie kann das Geld etwa für Sicherheitstechnik verwenden. In Berlin gibt es einen Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt, bei dem auch Sicherheitsfragen besprochen werden – laut Innensenat ein bundesweit einmaliges Format. Daran nehmen unter anderem der Antisemitismusbeauftragte der Polizei und Vertreter*innen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin teil.

Wie hat Berlin auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle wurden die Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen laut dem Innensenat deutlich erhöht. Eine sogenannte reaktive Gruppe des Runden Tisches gegen antisemitische Gewalt wurde einberufen, um die Maßnahmen zu besprechen. Seit 2020 gibt es einen Fonds zur Unterstützung Betroffener politisch-extremistischer Gewalt, für Sicherheitsmaßnahmen an Gebäuden sind bis zu eine Million Euro verfügbar. Das Geld ist auch, aber nicht nur, für Einrichtungen vorgesehen, die von antisemitischer Gewalt betroffen sind. Finanziert werden etwa Türen, Fenster, Rollläden, Einbruchschutzfolien, Einbruchmeldeanlagen, Überwachungsanlagen und auch Umzugskosten. Seit dem 15.07.2020 können Einrichtungen Anträge stellen.

Quelle: Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Brandenburg

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Das Land Brandenburg unterstützte die jüdischen Gemeinden finanziell, sowohl bei Sanierungen also auch bei Sicherungsmaßnahmen, heißt es aus dem Innenministerium.

Wie hat Brandenburg auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle hat die Polizei die Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen erhöht. Zudem stehe sie im regelmäßigen Kontakt zu den Gemeinden, so das

Innenministerium. Die Polizei hat den jüdischen Gemeinden Empfehlungen gegeben, an welchen Stellen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen notwendig seien. 2020 stellte das Land zusätzliche 500.000 Euro bereit, um diese zu finanzieren, darüber hinaus erhielten einzelne Einrichtungen weitere Gelder.

Quelle: Ministerium des Innern und für Kommunales; Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Bremen

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Die Bremer Polizei äußert sich aus Sicherheitsgründen nicht zu einzelnen Maßnahmen.

Wie hat Bremen auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Die Polizei Bremen hat nach eigenen Angaben mit umfassenden Maßnahmen reagiert, und die Gefährdungslage und Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen überprüft. Zu den Details und auch zu den Finanzmitteln machen Polizei und Innensenat keine Angaben.

Quelle: Polizei Bremen

Hamburg

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Die Stadt Hamburg beteiligt sich laut Behörde für Inneres und Sport seit 2018 an den Kosten eines Sicherheitsdienstes, den die Jüdische Gemeinde in Hamburg aufgebaut hat. Der Sicherheitsdienst kontrolliert zum Beispiel den Einlass bei Veranstaltungen oder auch die Post.

Wie hat Hamburg auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle hat die Behörde für Inneres und die Senatskanzlei eigenen Angaben zufolge Kontakt zu den jüdischen Gemeinden und Einrichtungen aufgenommen. Für alle Einrichtungen haben die Behörden die Gefährdungslage überprüft, und auch, ob es bauliche Schwachstellen an den Gebäuden gibt. Wie Nachbesserungen an den Gebäuden umgesetzt und finanziert werden, werde derzeit noch mit den Gemeinden abgestimmt, so die Behörde.

Quelle: Behörde für Inneres und Sport

Hessen

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Wie hat Hessen auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle hat das Land Hessen die Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen nach Angaben des hessischen Innenministeriums erhöht. Das LKA überprüfte die Gefährdungslage aller relevanten Einrichtungen, Schutzkonzepte wurden gegebenenfalls nachgebessert. Die Berichte liegen allen jüdischen Gemeinden vor. Zudem hat das LKA Hessen eine Taskforce Objektberatung eingerichtet, die regelmäßig mit den jüdischen Gemeinden beraten soll, ob weitere Sicherheitsmaßnahmen nötig sind. Im Landeshaushalt 2020 wurden vier Millionen Euro veranschlagt für die bauliche und technische Nachbesserung an Gebäuden jüdischer Einrichtungen. Zudem wurden weitere 30 Wachpolizist*innen für deren Schutz bereitgestellt. Mit Vertreter*innen jüdischer Einrichtungen haben die Polizeipräsident*innen besprochen, welche Lehren aus dem Anschlag zu ziehen seien.

Quelle: Antwort des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport

Mecklenburg-Vorpommern

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

2018 finanzierte Mecklenburg-Vorpommern Sicherheitsmaßnahmen in Höhe von 65.000 Euro bei einer jüdischen Gemeinde. Das Land plane, den jüdischen Gemeinden weitere Gelder für die Sicherung von Einrichtungen bereitzustellen, so das Innenministerium. Die Gemeinden erhielten bereits jährlich Gelder vom Land, unter anderem für die Verwaltung.

Wie hat Mecklenburg-Vorpommern auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Das LKA hat laut Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern die Gefährdungslage im Dezember 2019 erneut überprüft und aktualisiert.

Quelle: Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Das Land Niedersachsen unterstützt jüdische Gemeinden finanziell. Um sicherzustellen, dass Polizist*innen über jüdische Feiertage informiert sind, werden die Daten im Intranet der Polizei veröffentlicht und die Polizeidienststellen darüber informiert, so das Innenministerium. Zum Hintergrund: Der Polizei in Halle war am Tag des Anschlags nicht bewusst, dass die Gemeinde den höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur beging.

Wie hat Niedersachsen auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Die niedersächsische Landesregierung hat nach eigenen Angaben die Schutzmaßnahmen nach dem Anschlag in Halle (Saale) erhöht. Die Polizeidirektion Hannover hat mit Vertreter*innen jüdischer Gemeinden gesprochen, das LKA hat Sicherheitsempfehlungen für jüdische Einrichtungen erstellt, mit den Gemeinden neue Sicherheitskonzepte abgestimmt und Kostenvoranschläge gemacht. Der niedersächsische Landtag erhöhte die Mittel an die jüdischen Gemeinden 2020 um zwei Millionen Euro. Der Landtag muss der Änderung noch zustimmen.

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Nordrhein-Westfalen

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Das Land NRW stellt jüdischen Gemeinden Gelder für Bau, Renovierung und Umbau von Einrichtungen bereit. 2020 waren dafür 3,4 Millionen Euro vorgesehen. Das Land übernimmt zudem die Kosten, die für die Sicherung von Gebäuden anfallen. Der Gesamtbetrag liegt im aktuellen Landeshaushalt bei 6,5 Millionen Euro. Notwendige Maßnahmen finanziert das Land dem Innenministerium zufolge zu 100 Prozent.

Wie hat Nordrhein-Westfalen auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle hat die Polizei die Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen erhöht. Der Innenminister hat nach dem Anschlag mit Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände gesprochen, auch über die Sicherheitslage.

Quelle: Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen.

Rheinland-Pfalz

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Investitionen in Sicherheitsvorkehrungen jüdischer Einrichtungen können vom Finanz- und Bauministerium unterstützt werden. Dafür müssen jüdischen Gemeinden einen Antrag stellen. 2018 und 2019 erhielten die jüdischen Gemeinden rund 375.000 Euro.

Wie hat Rheinland-Pfalz auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Dem Innenministerium Rheinland-Pfalz zufolge hat die Polizei die Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen erhöht und Kontakt zu den jüdischen Gemeinden aufgenommen. Die Polizei und das LKA habe die Sicherheitslage der jüdischen Einrichtungen neu bewertet, auch mit Blick auf mögliche Nachahmungstäter, mögliche Schutzmaßnahmen richten sich gegen Angriffe mit Kraftfahrzeugen, Kurz-/Langwaffen und Sprengmitteln. Nach Angaben des Finanzministeriums kann das Land Rheinland-Pfalz alle notwendigen Vorkehrungen finanzieren.

Quelle: Ministerium des Innern und für Sport und Ministerium für Finanzen Rheinland-Pfalz

Saarland

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Das Saarland finanziert Sicherheitsmaßnahmen an der Synagogengemeinde Saar.

Wie hat das Saarland auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Die Polizei hat nach dem Anschlag in Halle (Saale) die Gefährdung für jüdische Einrichtungen überprüft und Empfehlungen an die jüdische Gemeinde weitergegeben. Das Saarland hat laut Innenministerium 2020 zusätzliche 75.000 Euro für Sicherungsmaßnahmen an der Synagoge Saarbrücken zugesagt.

Quelle: Ministerium für Inneres, Bauen und Sport

Sachsen

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Wie hat Sachsen auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Die Polizei hat nach Angaben des Innenministeriums die Gefährdung jüdischer Einrichtungen überprüft. Sie hat auch überprüft, wie gut jüdische Gebäude geschützt sind und ob der Schutz nachgebessert werden muss. Nach Aussage des Sächsischen Kultusministeriums werden in Sachsen schätzungsweise 5,7 Millionen Euro für Sicherheitsvorkehrungen an jüdischen Einrichtungen benötigt. Das Land hat zugesichert, diese Kosten zu übernehmen.

Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern, Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Sachsen-Anhalt

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Wie hat Sachsen-Anhalt auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Seit dem Anschlag in Halle hat die Polizei ihre Präsenz vor jüdischen Einrichtungen, Synagogen und auch Moscheen erhöht. Nach Angaben des Innenministeriums finden nun regelmäßig Gespräche zwischen dem Ministerium, der Polizei und den jüdischen Gemeinden statt. Mit jeder Gemeinde in Sachsen-Anhalt wurden individuelle Sicherheitskonzepte abgesprochen. Das Land hat 2020 für Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen, die das LKA empfiehlt, insgesamt 890.000 Euro und 2021 insgesamt rund 1,5 Millionen Euro eingeplant.

Quelle: Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Wie hat Schleswig-Holstein auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle hat die Landespolizei ihre Sicherheitsmaßnahmen intensiviert. Zudem hat das LKA bestehende Maßnahmen überprüft und falls nötig Verbesserungen veranlasst. Sowohl die Kultusministerin als auch die Innenministerin hätten den Kontakt zu den jüdischen Gemeinden erhöht und verstetigt, so das Innenministerium. Das Land hat nach dem Anschlag 320.000 Euro für Sicherheitsmaßnahmen an Gebäuden jüdischer Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Quelle: Antwort vom Innen- und vom Kultusministerium Schleswig-Holstein

Thüringen

Welche Maßnahmen gab es bereits vor dem Anschlag in Halle (Saale)?

Maßnahmen, die es in allen Bundesländern gibt, sind auf Seite 3 aufgeführt.

Wie hat Thüringen auf den Anschlag in Halle (Saale) reagiert?

Nach dem Anschlag in Halle wurden laut dem Innenministerium die Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen verstärkt. Das LKA überprüfte die Gefährdungslage neu, darauf aufbauend wurden Schutzkonzepte überprüft und in Absprache mit den Gemeinden angepasst. Die Konzepte hat die Polizei mit den Einrichtungen besprochen, damit sie sie bei

Veranstaltungen berücksichtigen und bei Störungen reagieren können. Das Land wird die Kosten zusammen mit dem Bund übernehmen.

Quelle: Landespolizeidirektion Thüringen